

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung
am Donnerstag, dem 09.04.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:30 Uhr

- öffentlich -

Ende: 21:48 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Jörg Bade

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsfrau Viktoria Heller

ab 18.50 Uhr anwesend

Ratsherr Harald Helling

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Ratsfrau Antje Warnken

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 2 Matthias Kwiseke

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Gäste

Lotta Schröder

P3 Planungsteam GbR mbH - referiert zu
TOP 2

Abwesend:

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Rainer Wohlers

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
 - 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
 - 1.2 der Beschlussfähigkeit
 - 1.3 der Tagesordnung

- 2 "Solarpark Sannauerfeld"; Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 41, mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplan
Hier: Beschlussfassung Abwägung der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, sowie Fassung Satzungsbeschluss und Feststellungsbeschluss
Vorlage: FB 4/053/2024-25-26-3

- 3 Haushalt 2026
 - 3.1 Abstimmung über die Restmittelübertragungen 2025 auf 2026
 - 3.2 Abstimmung über die Beratungs-/Veränderungsliste
 - 3.3 Vorstellung des Ergänzungsantrags der FDP-Fraktion vom 07.03.2026; hier: Einplanung von Finanzmittel: 1.) Bushaltestellen, 2.) Regenwasserkanal
 - 3.4 Vorstellung des Antrages der FDP-Fraktion vom 10.03.2026 auf Erstellung eines ganzheitlichen Beleuchtungskonzeptes für die Gemeinde Lemwerder
 - 3.5 Vorstellung des Ergänzungsantrags der FDP-Fraktion vom 14.03.2026; hier: Alarmsteuerung und Ergänzung der Außenbeleuchtung für das Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Altenesch
 - 3.6 Vorstellung des wiederholten Antrag vom 23.01.2022 der SPD-Fraktion vom 15.03.2026; hier: Technische Ausstattung Ratssaal mit Ergänzungen
 - 3.7 Vorstellung des Antrages der CDU-NFL-Gruppe vom 30.03.2026 zur Anregung des SV Lemwerder vom 27.03.2026 auf Einzäunung des Kunstrasenplatzes
 - 3.8 Vorstellung des Antrages der Grundschule Lemwerder vom 30.03.2026 zum Thema: Ganztagschule
 - 3.9 Beratung über die Liste " Bestimmung wesentlicher Produkte" auf Anfrage der FDP

- 4 Sachstand Grundschule

- 5 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

- 6 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Rosenhagen eröffnet um 18.30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist allen Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen. Es werden keine Einwände erhoben.

1.2 der Beschlussfähigkeit

An der heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung nehmen 16 von 20 Ausschussmitgliedern teil. Ratsfrau Heller nimmt ab 18.50 Uhr an der Sitzung teil.
Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

1.3 der Tagesordnung

Die Tagesordnung (insgesamt 6 TOPE) ist den Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände gegen die Tagesordnung werden wie folgt erhoben.

Ratsherr Harald Schöne teilt für die FDP- Fraktion mit, dass diese eine Übersicht über für die FDP „Wesentliche“ Produkte an die Verwaltung übersendet hat. Diese Übersicht wurde lt. Ratsherr Harald Schöne zum ersten Mal im Jahre 2020 eingereicht und blieb in den bisherigen Haushaltsberatungen ohne Beachtung.
Er bittet daher um Aufnahme der „Übersicht über wesentliche Produkte“ auf die heutige Tagesordnung.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen schlägt vor, dass über die Liste unter TOP 3.9 beraten wird.

Dazu ergeben sich seitens der Ausschussmitglieder keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung stimmt einstimmig dafür die Tagesordnung um den Punkt „ Übersicht über wesentliche Produkte“ zu erweitern und das nach der erweiterten Tagesordnung verfahren wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die Tagesordnung entsprechend erweitert und genehmigt worden.

2 **"Solarpark Sannauerfeld"; Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 41, mit paralleler Teiländerung des Flächennutzungsplan Hier: Beschlussfassung Abwägung der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, sowie Fassung Satzungsbeschluss und Feststellungsbeschluss Vorlage: FB 4/053/2024-25-26-3**

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen stellt die Sitzungsvorlage vor und teilt mit, dass über einen städtebaulichen Vertrag beraten werden soll.

Zu dieser Aussage gibt es eine Wortmeldung von Ratsherr Bade. Dieser teilt mit, dass ihm der vom Vorsitzenden angesprochene städtebauliche Vertrag nicht vorliegt.

Fachbereichsleiter Paack teilt dazu mit, dass in der heutigen Sitzung nicht über einen städtebaulichen Vertrag, sondern über die Abwägung und den Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen nach § 1 Abs. 7 BauGB beraten werden und der Fachausschuss eine entsprechende Empfehlung an den Rat abgeben soll.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen hat das Wort und teilt mit, dass am heutigen Tage nicht über den städtebaulichen Vertrag beraten wird.

Es folgt eine Präsentation des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 41, „Solarpark Sannauer Feld“ mit der dritten Teiländerung des Flächennutzungsplans.

Ergebnisse der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Veröffentlichung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durch Frau Schröder vom P3 Planungsteam GbR mbH.

Diese Präsentation liegt den Ausschussmitgliedern vor und ist dem Protokoll **als Anlage** beigelegt.

Frau Schröder führt aus, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Eingaben gemacht wurden.

Die von den beteiligten Behörden und Trägern öffentlicher Belange eingebrachten Stellungnahmen werden von Frau Schröder mittels anliegender Präsentation erläutert.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Nachfragen.

Ratsherr Ruminski meldet sich zu Wort und hat folgende Fragen:

- 1) Rettungs- und Löschwege sollen dargestellt werden. Wie werden diese geplant?
- 2) Gibt es eine Rückbauverpflichtung?
- 3) Wurde bereits ein Durchführungsvertrag abgeschlossen?

Fachbereichsleiter Paack beantwortet die von Ratsherrn Ruminski gestellten Fragen wie folgt:

Zu 1) Durch die Baugenehmigungsbehörde unter Beteiligung der Brandschutzdienststelle (beide LK Wesermarsch) wird geprüft, in wie fern Löscheinrichtungen vorhanden sein müssen. Dieses wird im Rahmen der zu erteilenden Genehmigungen festgelegt.

Zu 2) Die Flächen, welche für den Solarpark genutzt werden sollen, befinden sich auf privatem Grund. Daher ist derzeit eine entsprechende Verpflichtung nicht vorgesehen.

Zu 3) Ein Durchführungsvertrag wird erst geschlossen, wenn ein bestimmter Teil des Bebauungsplanes beschlossen wird. Das wäre mit dem heutigen Beschluss möglich. Wenn am heutigen Tage ein entsprechender Beschluss gefasst wird, wäre der nächste Schritt der Durchführungsvertrag.

Ratsherr Ruminski erkundigt sich, ob in dem Durchführungsvertrag auch eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde geregelt wird.

Fachbereichsleiter Paack teilt dazu mit, dass dies, aufgrund gesetzlicher Regelungen, nicht durch einen Durchführungsvertrag geregelt werden kann.

Die Durchführungsverträge beziehen sich auf § 12 BauGB. Die von Ratsherrn Ruminski angesprochene finanzielle Beteiligung müsse separat geregelt werden. Es liegt ansonsten ein Kopplungsverbot vor und die geschlossenen Verträge wären nichtig.

Ratsherr Schröder hat das Wort und teilt mit, dass die Straße „Sannauer Helmer“ seit mehreren Jahren in einem schlechten Zustand ist. Dieser Zustand ist u.a. durch die dort derzeit stattfindenden Bauarbeiten an Windkraftanlagen entstanden. Ratsherr Schröder bittet um Auskunft, ob bei dem hier zur Beratung stehenden Projekt der Vorhabenträger verpflichtet werden kann, die Straße in einem „ordnungsgemäßen“ Zustand zu halten bzw. wieder herzurichten.

Fachbereichsleiter Paack führt dazu aus, dass in dem Städtebaulichen Vertrag zur Windenergie geregelt ist, dass die Betreiber von Windkraftanlagen verpflichtet sind, die Straße in einem ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Zustand zu halten.

Ratsherr Schröder teilt mit, dass die Straße „Sannauer Helmer“ aufgrund der beschriebenen Bauarbeiten seit Jahren nicht vollumfänglich befahrbar ist. Er erkundigt sich, wie bei einem neuen Projekt dafür Sorge getragen werden kann, dass die Straße in einem ordnungsgemäßen Zustand verbleibt.

Fachbereichsleiter Paack teilt mit, dass bei der Straße „Sannauer Helmer“ der städtebauliche Vertrag Anwendung findet. Dadurch ist sichergestellt, dass die Straße nach dem Abschluss der Bauarbeiten durch den Vorhabenträger wieder instandgesetzt wird. Durch den Abschluss eines Durchführungsvertrages nach § 12 BauGB kann der Vorhabenträger entsprechend verpflichtet werden.

Ratsherr Harald Schöne hat das Wort und teilt mit, dass der nördliche Teil des Bebauungsplanes landwirtschaftlich genutzt werden soll. Hier vermisst er die Stellungnahme des Landkreises.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass eine nicht abgegebene Stellungnahme des Landkreises bedeutet, dass dieser keine Einwände gegen die geplante Maßnahme hat.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Hinweis: Ratsfrau Heller wohnt seit 18.50 Uhr dieser Sitzung bei: Daher erhöht sich die Zahl der Ausschussmitglieder bei den folgenden Abstimmungen von 15 auf 16.

Abstimmung über die Abwägung und den Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen nach §1 Abs. 7 BauGB

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt mehrheitlich dem Rat, die Abwägungen und den Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen nach §1 Abs. 7 BauGB zu beschließen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	1
Enthaltung:	0

Damit wurde dem Rat mehrheitlich empfohlen, die Abwägungen und Umgang mit den eingegangenen Stellungnahmen zu beschließen.

Abstimmung über Satzungsbeschluss nach § 10 Abs 1. BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41 „Solarpark Sannauer Feld“

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt mehrheitlich dem Rat, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41, „Solarpark Sannauer Feld“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	1
Enthaltung:	0

Damit wurde dem Rat mehrheitlich empfohlen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41, „Solarpark Sannauer Feld“ zu beschließen.

Abstimmung über den Feststellungsbeschluss gemäß § 6 Abs. 5 BauGB zur Teiländerung des Flächennutzungsplans

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt mehrheitlich dem Rat, den Feststellungsbeschluss gemäß § 6 Abs. 5 BauGB zur Teiländerung des Flächennutzungsplans zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	1
Enthaltung:	0

Damit wurde dem Rat mehrheitlich empfohlen den Feststellungsbeschluss gemäß § 6 Abs 5 BauGB zur Teiländerung des Flächennutzungsplans zu fassen.

3 Haushalt 2026

3.1 Abstimmung über die Restmittelübertragungen 2025 auf 2026

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhabgen eröffnet den Tagesordnungspunkt und möchte in die Beratungen einsteigen.

Zu den nun folgenden Abstimmungen über die Restmittelübertragung von 2025 auf 2026 stellt Ratsherr Harald Schöne um 19.05 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung: Er erklärt, dass den Ratsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung viele verschiedene Listen zugegangen sind und er daher wissen möchte, welche Liste nun für die Beschlussfassung verwendet werden soll.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen teilt mit, dass die Liste mit dem Titel „Investitionen I-Element Restmittelübertragung 2025 auf 2026“ verwendet werden soll. Darüber hinaus erklärt der Vorsitzende, dass die Mittel für die Investitionen I-Element, welche im Jahre 2025 nicht ausgeschöpft wurden per Gesetz in das Jahr 2026 übertragen werden.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich weitere Wortmeldungen:

Ratsherr Harald Schöne kommt auf das I-Element I 23.00027.500 „Sanierung schwarzer Leuchtturm“ zu sprechen und teilt dazu mit, dass hierfür keine Gelder in den Haushalt 2025 eingestellt wurden und somit auch keine Gelder übertragen werden könnten.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass für die Sanierung des schwarzen Leuchtturmes ein Fördermittelantrag in 2025 gestellt wurde und es eine Bewilligung i. H. von 100.000 Euro zwischenzeitlich gegeben habe.

Ratsherr Harald Schöne führt dazu aus, dass im Haushalt 2025 keine Mittel eingestellt wurden und wenn der „Schwarze Leuchtturm“ saniert werden soll, man für den Haushalt 2026 die Ansätze neu einzuplanen habe.

Die Bürgermeisterin bittet den Kämmerer sich diesen Punkt zu prüfen und ggf. die Mittel entsprechend einzuplanen.

Ratsherr Schwarz kommt auf die geplante Anschaffung von Notstromaggregaten

zu sprechen. Er führt aus, dass bis zu fünf Notstromaggregate angeschafft werden sollten. Diese Anschaffung wurde nicht getätigt. Er erkundigt sich ob überhaupt Notstromaggregate vorhanden sind.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass bereits ein Notstromaggregat vorhanden ist und die eingestellten Mittel für den Beschaffung von weiteren Notstromaggregaten verwendet werden sollen.

Ratsherr Ruminski hat das Wort und erkundigt sich, ob die Restmittel, welche übertragen werden auch für die Produkte für die sie in 2025 geplant waren verwendet werden.

Kämmerer Warns teilt mit, dass die Restmittel für die in 2025 entsprechend geplanten Produkte verwendet werden.

Zur Sanierung des „Schwarzen Leuchtturmes“ führt Kämmerer Warns aus, dass dieser aus der „I-Elemente Liste“ herausgelöst werden und dann die Liste wie vorliegend beschlossen werden kann.

Der Vorsitzende Rosenhagen teilt mit, dass dem von Kämmerer Warns unterbreiteten Vorschlag gefolgt werden sollte.

Dazu ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung beschließt einstimmig, unter Streichung der Position „Sanierung Schwarzer Leuchtturm“, die vorliegende Liste Investitionen I-Element Restmittelübertragung 2025 auf 2026“.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die Liste Investitionen I-Element Restmittelübertragung 2025 auf 2026 einstimmig beschlossen worden.

Als nächstes wird über die vorliegende Liste „P-Elemente“ beraten.

Dazu führt Kämmerer Warns aus, dass es sich bei den P-Elementen um Positionen handelt welche im Ergebnishaushalt enthalten und keine I-Elemente sind.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsherr Ruminski hat das Wort und erkundigt sich, ob die vorliegende Liste vollständig ist.

Kämmerer Warns führt dazu aus, dass die vorliegende Liste mit Ausnahme von noch nachzureichenden technischen Daten vollständig ist.

Ratsherr Schröder erkundigt sich, ob ohne das Vorliegen von technischen Daten eine Abstimmung am heutigen Tage möglich ist.

Kämmerer Warns teilt mit, dass eine Abstimmung am heutigen Tage möglich ist.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen führt aus, dass Maßnahmen mit deren Umsetzung bereits begonnen wurden fortgeführt werden und durch die Restmittelübertragung nun mehr Geld für die einzelnen Maßnahmen zur Verfügung steht.

Ratsherr Harald Schöne führt aus, dass den einzelnen Restmitteln Beschlüsse des Gemeinderates aus 2025 zu Grunde liegen und daher könne die Liste seiner Meinung nach wie vorliegend beschlossen werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung beschließt einstimmig die P-Elemente Liste in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die P-Elemente Liste einstimmig genehmigt worden.

3.2 Abstimmung über die Beratungs-/Veränderungsliste

Zu Beginn der Beratungen über die vorliegende Beratungs- und Veränderungsliste teilt Kämmerer Warns mit, dass Ende Januar 2026 eine Gesamtliste erstellt wurde. Diese Liste hat die Grundlage für die zur heutigen Sitzung vorliegende Liste mit dem Titel „Gesamtliste der vorgestellten Maßnahmen nach Sitzungen“ gegeben. In der zur heutigen Sitzung vorliegenden Liste sind einige Positionen gelb markiert worden. Bei diesen Positionen handelt es sich um Positionen, welche nicht im ersten Haushaltsentwurf enthalten waren und daher am heutigen Tage beraten werden sollen .

Die FDP- Fraktion hat beantragt, dass die Position „GS Deichhausen Wassergebundene Wegedecke in Asphalt“ (Kosten 14.000,00 €) gestrichen wird.

Wortmeldungen ergeben sich dazu nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür, dass die Position „GS Deichhausen Wassergebundene Wegedecke in Asphalt“ in den Haushalt aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	4
Enthaltung:	2

Damit ist die Position „GS Deichhausen Wassergebundene Wegedecke in Asphalt“ in den Haushalt aufgenommen worden.

Ratsherr Schröder meldet sich zu Wort und möchte Auskunft erhalten, welche der in der „Gesamtliste der vorgestellten Maßnahmen nach Sitzungen“ wirklich umsetzbar sind.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, das grundsätzlich in der haushaltslosen Zeit die

restlichen Maßnahmen des Vorjahres sofern möglich abgearbeitet werden. In der haushaltslosen Zeit dürfen nur zeitlich und sachlich unabweisable Maßnahmen umgesetzt werden. Wie man anhand des letzten Jahres erkennen kann, in dem der Haushalt 2025 erst im Oktober wirksam wurde, kann die Verwaltung aktuell in der Zwischenzeit die alten Maßnahmen weiter abarbeiten bis der Haushalt 2026 wirksam ist und die Zeit gut nutzen. Die Antwort auf die Frage von Ratsherr Schröder lautet deshalb: Ja.

Fachbereichsleiter Kwise unterstreicht, dass die Maßnahmen, welche von der Verwaltung für den Haushalt 2026 angemeldet wurden, unbedingt durchgeführt werden müssen. Man sei bei der Anmeldung der Mittel für 2026 aufgrund der Finanzlage der Gemeinde zurückhaltend gewesen.

Ratsherr Schröder erkundigt sich zu der Position „Begu Bus“ und fragt wieviel Geld für die Neuanschaffung eines Busses erforderlich ist.

Bürgermeisterin Winkelmann erinnert an die Beratung im Fachausschuss mit Martina Seedorf. Sie hatte seinerzeit vorläufige Angebote eingeholt. Die Verwaltung schlägt vor 25.000 Euro in den Haushalt 2026 einzustellen.

Ratsherr Harald Schöne teilt für die FDP- Fraktion mit, dass diese gegen die Anschaffung eines neuen Busses ist und begründet es damit, dass der alte Bus noch fahrbereit ist.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass ohne die Bildung eines entsprechenden Ansatzes im Haushalt überhaupt keine Maßnahmen in Puncto „Begu Bus“ durchgeführt werden können. Es brauche zunächst einen Ansatz. Vor der Anschaffung würde der Rat ohnehin erneut beteiligt. Und es bedeute auch nicht automatisch, dass die 25.000 Euro ausgegeben werden, sondern es durchaus auch denkbar sei, dass man ein Fahrzeug für einen niedrigeren Preis finden könnte.

Ratsherr Harald Schöne hat das Wort und beantragt für die FDP-Fraktion, dass auf die zur Beratung stehende Liste die Anschaffung eines Mähroboters für 30.000,00 € gesetzt wird.

Wortmeldungen ergeben sich dazu nicht und es folgt die Abstimmung.

Hinweis: Zum Zeitpunkt dieser Abstimmung ist Ratsherr Schwarz nicht anwesend. Daher stimmen 15 Ausschussmitglieder ab.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür die Anschaffung eines Mähroboters (Kosten 30.000,00 €) auf die Liste zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	2
Enthaltung:	2

Damit ist die Anschaffung eines Mähroboters (Kosten 30.000,00 €) in den Haushaltsplan 2026 aufzunehmen.

Ratsherr Harald Schöne kommt auf ein auf der Seite 101 des Haushaltsentwurfes verzeichneten Veräußerung eines Grundstückes und damit erzielten Einnahmen von 280.000,00 € zu sprechen. Nach Ansicht von Ratsherr Schöne werden genannten Einnahmen nicht im Jahre 2026 fließen und daher muss diese Position von der Liste heruntergenommen werden.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür, die mögliche Einnahme von 280.000,00 € für den möglichen Verkauf eines Grundstücks der Gemeinde im Zusammenhang mit der Entwicklung des Solarparkes auf dem Flugfeld zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	2
Enthaltung:	0

Damit ist die Einnahme welche aus dem Verkauf eines Grundstückes erzielt werden könnte, von der Liste heruntergenommen worden.

Ratsherr Harald Schöne hat das Wort und erklärt, dass aus Sicht der FDP- Fraktion eine Berichtigung des Haushaltes bei der Position „Sanierung Kita“ erfolgen muss. Er führt aus, dass sich die Mehrheit der Ratsmitglieder für einen Neubau der Kita auf vorhandener Gründung (Variante A4) ausgesprochen hat. Dies müsse im Haushalt Berücksichtigung finden.

Bürgermeisterin Winkelmann erinnert an den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie den Wirtschaftlichkeitsvergleich zu dieser Thematik, der die Sanierung als wirtschaftlichste Lösung gegenüber einem Abriss und Neubau ausweist. Daran könne ein Gemeinderat sich nicht hinwegsetzen.

Sie habe mit der Kommunalaufsicht bereits dazu gesprochen und als Antwort die mögliche Versagung des Haushaltes 2026, zumindest in Teilen oder die Versagung für Kreditaufnahmen zu erhalten. Ein Neubau würde nach vorläufiger Kostenschätzung 5,6 Mio. kosten und die Sanierung dagegen ca. 3,2 Millionen Euro. Hinzukäme die Abschreibung der alten Kita in Millionenhöhe, die sich im Ergebnishaushalt negativ niederschlagen wird.

Ratsherr Harald Schöne beantragt einen Ersatzneubau und eine dahin gehende entsprechende Korrektur des Haushaltes.

Dazu ergeben sich keine Wortmeldungen und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür, dass für einen Ersatzneubau entsprechende Gelder in den Haushalt eingestellt werden und der Haushalt eine entsprechenden Korrektur erfährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	3
Enthaltung:	1

Damit werden für einen KITA Ersatzneubau entsprechende Gelder in den Haushalt eingestellt.

Ratsherr Ruminski hat das Wort und stellt folgende Frage an die Verwaltung:
Für die Ganztags schulbetreuung und die Großtagespflege sind Personalkosten von 40.500,00 € eingestellt worden. Wie setzen sich diese zusammen.

Fachbereichsleitung Zander teilt dazu mit, dass die Gemeinde Einnahmen vom Landkreis für den Betrieb der Ganztagschule und der Großtagespflege hat. Die Gemeinde hat jedoch die Ausgaben für das Personal zu tragen. Es werden nicht alle Kosten vom Landkreis übernommen.

Ratsherr Ruminski beantragt, dass für die Erneuerung des Parketts in der „Milchbar“ der Ernst-Rodiek Halle ein Sperrvermerk eingerichtet wird und begründet dies damit, dass ggf. die Schüler_innen in der Ganztagschule in der „Milchbar“ ihre Mittagsverpflegung einnehmen und dann eine Sanierung des Bodens „keinen Sinn machen“ würde.

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung stimmt einstimmig dafür, dass die Erneuerung des Parketts in der „Milchbar“ der Ernst-Rodiek- Halle mit einem Sperrvermerk versehen wird

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit wird Erneuerung des Parketts in der „Milchbar“ der Ernst-Rodiek-Halle mit einem Sperrvermerk versehen

Ratsherr Harald Schöne meldet sich zu Wort und erkundigt sich, auf welcher Grundlage die Verwaltung mit Gewerbesteuererinnahmen i.H.v. 13 Millionen Euro plant.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit dass mit den Firmen entsprechende Gespräche geführt wurden, sie jedoch aus Datenschutzgründen und des Steuergeheimnisses keine weiteren Angaben dazu machen kann. Diese Aussage wird von Kämmerer Warns bestätigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Dem Protokoll ist die „Gesamtliste der vorgestellten Maßnahmen nach Sitzungen“ mit Abstimmung **als Anlage** beigefügt“

3.3 Vorstellung des Ergänzungsantrags der FDP-Fraktion vom 07.03.2026; hier: Einplanung von Finanzmittel: 1.) Bushaltestellen, 2.) Regenwasserkanal

Dieser Antrag wurde im Rahmen der Beratungen über die „Gesamtliste der vorgestellten Maßnahmen nach Sitzungen“ Finanzielle Auswirkungen der zusätzlichen Maßnahmen, welche nicht im 1. Haushaltsentwurf 2026 enthalten sind, beraten und es wurden 10.000,00 € für die Ergänzung und Sanierung der Beleuchtung an Bushaltestellen in der Gemeinde Lemwerder eingeplant.

3.4 Vorstellung des Antrages der FDP-Fraktion vom 10.03.2026 auf Erstellung eines ganzheitlichen Beleuchtungskonzeptes für die Gemeinde Lemwerder

Dieser Antrag wurde im Rahmen der Beratungen über die „Gesamtliste der vorgestellten Maßnahmen nach Sitzungen Finanzielle Auswirkungen der zusätzliche Maßnahmen, welche nicht im 1. Entwurf vom Haushalt 2026 enthalten sind“ beraten und es wurden 30.000,00 € für die Erstellung eines ganzheitlichen Beleuchtungskonzeptes (Angebots-Inhalt lt. Herrn

Paack: Datenerhebung/ Neukataster und Beratungs-/ Planungsleistung LED Umrüstung Straßenbeleuchtung) für die Gemeinde Lemwerder eingestellt.

3.5 Vorstellung des Ergänzungsantrags der FDP-Fraktion vom 14.03.2026; hier: Alarmsteuerung und Ergänzung der Außenbeleuchtung für das Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Altenesch

Dieser Antrag wurde im Rahmen der Beratungen über die „Gesamtliste der vorgestellten Maßnahmen nach Sitzungen Finanzielle Auswirkungen der zusätzliche Maßnahmen, welche nicht im 1. Haushaltsentwurf 2026 enthalten sind“, beraten. Es wurden 5.300,00 € für die Alarmsteuerung und Ergänzung der Außenbeleuchtung für das Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Altenesch in den Haushalt eingestellt.

3.6 Vorstellung des wiederholten Antrag vom 23.01.2022 der SPD-Fraktion vom 15.03.2026; hier: Technische Ausstattung Ratssaal mit Ergänzungen

Ratsherr Ruminski erläutert den Antrag der SPD-Fraktion zur „Technischen Ausstattung“ Ratssaal mit Ergänzungen
Die SPD-Fraktion hat für die Umsetzung der in dem Antrag aufgezeigten Maßnahmen 70.000,00 € eingeplant.

Bürgermeisterin Winkelmann meldet sich zu Wort und teilt mit, dass aus ihrer Sicht die von der SPD- Fraktion genannte Summe nicht ausreichen wird. Sie rechnet bei der Umsetzung der Maßnahme mit Kosten von ca.100.000,00 € bis 120.000,00 €. Diese Einschätzung wird von Fachbereichsleiter Kwiske bestätigt.

Ratsherr Schröder hat das Wort und beantragt die Einstellung von 120.000,00 € für die technische Ausstattung des Ratssaales.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung beschließt mehrheitlich, dass 120.000,00 € für die Erneuerung und Modernisierung der technischen Ausstattung des Ratssaales in den Haushalt 2026 eingeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	3
Enthaltung:	1

Damit ist die Summe von 120.000,00 € in den Haushalt 2026 eingeplant worden.

3.7 Vorstellung des Antrages der CDU-NFL-Gruppe vom 30.03.2026 zur Anregung des SV Lemwerder vom 27.03.2026 auf Einzäunung des Kunstrasenplatzes

Der von der CDU/NFL-Gruppe, auf Anregung des SV Lemwerder, eingebrachte Antrag wird von einem Vertreter der CDU-/NFL-Gruppe kurz vorgestellt.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich dazu Wortmeldungen.

Ratsherr Harald Schöne schlägt vor, dass die für die Einzäunung des Kunstrasenplatzes geplanten 25.000,00 € mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich gegen die Einstellung von 25.000,00 € für die Einzäunung des Kunstrasenplatzes.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	7
Enthaltung:	4

Damit ist die Einstellung von 25.000,00 € für die Einzäunung des Kunstrasenplatzes abgelehnt worden.

3.8 Vorstellung des Antrages der Grundschule Lemwerder vom 30.03.2026 zum Thema: Ganztagschule

Die Schulleiterin der Grundschule Lemwerder Frau Glimm erläutert den vorliegenden Antrag und unterstreicht, dass es für den in 08/2026 geplanten Start der Ganztagschule erforderlich ist, Mittel zur sächlichen Ausstattung bereits jetzt zu beschaffen. Da die finale Genehmigung des Haushaltes noch Zeit in Anspruch nehmen wird, möchte die Schule zur Sicherstellung eines guten Starts der Ganztagschule bereits vor dem Wirksamwerden des Haushaltes 2006 über Mittel verfügen.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass alle Anschaffungen, welche aus Restmitteln 2025 finanziert sind und im Antrag mit Restmitteln gekennzeichnet sind, angeschafft werden können. Es handelt sich hier um die ersten 6 Positionen des Antrages der Grundschule Lemwerder.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen teilt mit, dass es durch die Kommunalaufsichtsbehörde keine Ermächtigung für die Freigabe von Haushaltsmitteln 2026 vor der finalen Freigabe des Haushaltes 2026 geben wird.

Ratsherr Harald Schöne meldet sich zu Wort und führt aus, dass seiner Meinung nach Mittel eines noch nicht wirksamen Haushaltes durch einen Ratsbeschluss zur vorzeitigen Verwendung freigegeben werden können. Er bittet die Verwaltung, dies mit der Kommunalaufsichtsbehörde abzustimmen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

3.9 Beratung über die Liste " Bestimmung wesentlicher Produkte" auf Anfrage der FDP

Ratsherr Harald Schöne hat das Wort und erläutert, dass auf der für die Haushaltsklausur am 05.02.2026 vorgelegten Liste „Bestimmung wesentlicher Produkte THH01“ die folgenden vier Produkte nicht mehr enthalten sind. Diese sollten aber nach Ansicht der FDP-Fraktion nicht von der Liste gestrichen werden. Ratsherr Harald Schöne bringt seinen Unmut über die Streichung der nachstehenden Positionen zum Ausdruck.

Es handelt sich bei um die Produkte
P 1.511000 Orts- und Regionalplanung
P 1.511000.001 Bauleitplanung
P 1.521001 Bau- und Grundstücksordnung
P 1.571001 Regionalentwicklung

Die FDP-Fraktion bittet um Wiederaufnahme dieser Positionen.

Bürgermeisterin Winkelmann unterstreicht, dass alle Positionen eines Haushaltes grundsätzlich wichtig sind. Es ist jedoch nicht sinnvoll, alle Positionen als wesentlich zu deklarieren, da damit der Sinn und Zweck dieser Liste hinfällig sei.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der TOP wird geschlossen.

4 Sachstand Grundschule

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass es seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung keine neuen Entwicklungen gibt.

Die Ausschreibung für die Mittagsverpflegung ist derzeit in der Erarbeitung. Es wird zeitnah einen Termin mit der Schule dazu geben.

Sie führt aus, dass Räumlichkeiten in den Gebäuden 4 und 5 der Eschhofschule für den Ganzttag genutzt werden können.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsfrau Heller erkundigt sich, welche Räume zur Verfügung stehen.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt erneut mit, dass in Räumlichkeiten in den Gebäuden 4 und 5 der Eschhofschule für den Ganzttag genutzt werden können.

Ratsfrau Heller meldet sich wieder zu Wort und erkundigt sich, wo das Mittagessen für die Schüler_innen der Ganzttagsschule durchgeführt werden soll.

Fachbereichsleiterin Zander erläutert, dass die Ausschreibung für die Mittagsverpflegung ein komplexes Verfahren ist. Das Leistungsverzeichnis würde aktuell erstellt werden und anschließend an die Schulleitung weitergegeben.

In den kommenden Wochen wird es auch eine Beratung mit dem Landkreist über die Räumlichkeiten, welche genutzt werden sollen, geben.

Ratsfrau Heller erkundigt sich, welche Lösung es gibt, damit der Kooperationspartner, trotz des nach wie vor nicht vorhandenen Haushaltes, für das Jahr 2026 beauftragt werden kann.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass die Verwaltung mit der Verabschiedung des Haushaltes 2026 bis Ostern gerechnet hat. Da dieser Zeitplan nicht mehr zu halten ist, gibt es auch Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Mitteln für die Ganzttagsschule. Sie wird bei der Kommunalaufsicht nachfragen, ob zumindest die Zwischenzeit für die Ausschreibung genutzt werden darf.

Ratsfrau Warnken hat das Wort und erklärt, dass allen Anwesenden bewusst war, dass finanzielle Mittel für die Ganztagsbetreuung in den Haushalt 2026 eingestellt werden müssen. Es muss nun zeitnah eine Lösung gefunden werden, damit die Schule die Sicherheit hat, dass sie mit dem anvisierten Kooperationspartner zusammen arbeiten kann.

Bürgermeisterin Winkelmann hat das Wort und stellt fest, dass erst in dieser Sitzung erstmalig Entscheidungen getroffen werden konnten und diese nun in den weiteren Haushaltsentwurf eingearbeitet werden.

Die Verwaltung hat dem Ausschuss in der Sitzung am 29.01.2026 einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf präsentiert. Danach folgten jede Woche Fachausschuss-Sitzungen, jedoch ohne Ergebnisse. Sie zeigte sich verwundert über die Erkenntnis der Ratsfrauen, dass Mittel eines Haushaltsjahres erst zur Verfügung stehen, wenn der Haushalt wirksam ist.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Tagesordnungspunkt wird von dem Vorsitzenden Ratsherrn Rosenhagen geschlossen.

5 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Mitteilungen der Verwaltung:

Bürgermeisterin Winkelmann informiert darüber, dass die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens Klage gegen die Entscheidung des Verwaltungsausschusses beim Verwaltungsgericht Oldenburg eingereicht haben. Weitere Informationen wird sie, in dem im Anschluss tagenden Verwaltungsausschuss, den Ratsmitgliedern zukommen lassen.

Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren:

Ratsherr Schröder erkundigt sich, wann mit einer Öffnung des Deichschaarts zu rechnen ist.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass der Leiter des Geschäftsbereichs Oldenburg der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Herr De Buhr, in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 23.04.2026 eingeladen wird. Dazu wird auch ein Vertreter des I. Oldenburgischen Deichbands eingeladen werden.

Weitere Neuigkeiten gibt es zu dem Thema nicht.

Seitens der Ratsfrauen und Ratsherren ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen und der Tagesordnungspunkt wird durch den Vorsitzenden geschlossen.

6 Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Einwohner_innen ergeben sich in der heutigen Sitzung folgende Fragen an Rat und/oder Verwaltung:

Einwohnerin Lorenz meldet sich zu Wort und kommt auf die Ratssitzung vom 26.03.2026 zu sprechen. Sie bittet um Erläuterung, warum diese nicht stattgefunden hat und was in dieser Sitzung beschlossen werden sollte.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass in dieser Sitzung ein vom zuständigen Gericht vorgeschlagener Vergleich zum „Kita Feuchteschaden“ angenommen oder abgelehnt werden sollten. Diese Entscheidung aufgrund einer Frist des Gerichtes kurzfristig erfolgen.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass die Ratsmitglieder in der Sitzung am 19.03.2026 bereits mündlich über die Sitzung am 26.03.2026 informiert wurden, eine Teilnahme signalisiert haben und seitens der Verwaltung mitgeteilt wurde, dass eine Einladung mit verkürzter Ladungsfrist entsprechend erfolgt.

Am 25.03.2026 habe sie nacheinander von SPD, Grünen, UWL und der FDP eine Absage per Mail erhalten. Die SPD begründete ihre Absage mit beruflichen und privaten Terminen, die UWL führte eine lange geplante Mitgliederversammlung als Grund an und die Grünen meldeten sich aufgrund von Urlaubs- und Ferienzeit ab. Die FDP schloss sich am Ende den Absagen der drei anderen Fraktionen an.

Ratsherr Harald Schöne meldet sich zu Wort teilt auf die von Frau Lorenz gestellte Frage mit, dass er den Darstellungen der Bürgermeisterin zustimmt. Er erklärt, dass die Absage der FDP-Fraktion für die oben genannte Ratssitzung erfolgte, da sich durch Absagen anderer Fraktionen bereits abgezeichnet hat, dass die Beschlussfähigkeit nach § 65 NKOMVG nicht gegeben sein würde.

Ratsherr Schröder hat das Wort und teilt auf die von Frau Lorenz gestellte Frage seine Sicht der Dinge mit. Er kritisiert das an dem Tag der Sitzung entstandene Foto aus dem Ratssaal und erkundigt, sich warum dieses von der Verwaltung an die Presse gegeben wurden.

Die Bürgermeisterin stellt klar, dass die Presse das Foto privat von einer Bürgerin angefragt habe. Es sei weder von der Verwaltung gemacht noch weitergeleitet worden.

Sie führt nochmals aus, dass aufgrund einer gerichtlichen Frist und der Wahrung der Interessen der Gemeinde zu der Sitzung am 26.03.2026 eingeladen wurde und die Sitzungen stattgefunden haben, damit sich für die Verwaltung die Möglichkeit eröffnet, ein weiteres Mal mit verkürzter Ladungsfrist den Rat einladen zu können. Beim zweiten Mal reicht die Anzahl der anwesenden Mitglieder, um beschlussfähig zu sein. Deshalb wurde die Sitzung ordnungsgemäß durchgeführt, um die Interessen der Gemeinde zu wahren und über die 1,8 Mio. Euro beschließen zu können.

Ratsherr Ruminski verweist für die SPD-Fraktion auf eine in der Presse und den sozialen Medien veröffentlichte Stellungnahme.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen spricht zur Sache, gibt den Vorsitz nicht ab, und erklärt, dass wenn dringliche Dinge anstehen diese beraten und abgestimmt werden müssen. Das müsse auch in Ferienzeiten passieren. Zu solchen Beratungen, Abstimmungen und Sitzungen sind die Ratsmitglieder verpflichtet.

Zu diesem Thema werden keine weiteren Wortmeldungen abgegeben.

Eine weitere Einwohnerin meldet sich zu Wort und erkundigt sich, ob es in der Niedersachsenstraße/Hansering eine Geschwindigkeitsmessung geben könne. Diese solle mittels „Geschwindigkeitsdisplay“ erfolgen. Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass eine solche Messung durchgeführt werden kann.

Eine weitere Einwohnerin meldet sich zu Wort und äußert ihr Erstaunen darüber, dass die Mitglieder des Rates teilweise keine Kenntnis über den Fortschritt bestimmter Projekte haben.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass die Verwaltung die Politik regelmäßig über den Fortschritt informiere.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und die Einwohnerfragestunde und die Sitzung werden vom Vorsitzenden Ratsherrn Rosenhagen geschlossen.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer